



Saarbrücken, 28.04.2026

Besoldungsanpassung für Beamte, Richter und Versorgungsempfänger wird umgesetzt

Wie das Innenministerium mitgeteilt hat, sichert die Landesregierung die **zeit- und inhalts-gleiche Übertragung** des Tarifergebnisses der Länder auf die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfänger rückwirkend ab April 2026 zu. Abschlagszahlungen sollen ab Juni 2026 erfolgen.

Hierzu führt der Landesvorsitzende des dbb saar, Sascha Alles, aus:

„Wir sind grundsätzlich sehr zufrieden, dass die Landesregierung nun die notwendigen Schritte zur Besoldungsanpassung umsetzt. Hier wird Wort gehalten und das ist gut und wichtig!

Beim Thema der amtsangemessenen (verfassungskonformen) Alimentation wünschen wir uns auch so ein beherztes Handeln. Nach dem aktuellen Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.9.25 haben neben dem Bund viele Bundesländer auch bei diesem Thema einen Zahn zugelegt und wollen die Besoldungsgesetze zügig anpassen.

Wir erwarten auch hier, dass nach langen internen Prüfungen nun auch im Saarland ein entsprechender Gesetzesentwurf veröffentlicht wird. Eine Besoldungsanpassung im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben steht seit 2023 aus. Die Erwartungshaltung der Kolleginnen und Kollegen ist gerade auch mit Blick auf die Entwicklungen bei der Bundesbesoldung hoch.

Die Besoldung der Beamten im Saarland ist im Vergleich zum Bund und den anderen Bundesländern fast durchweg am geringsten.

Sollten Bund und Länder ihre Besoldungen weiter verbessern und wir nicht, wären wir dauerhaft im Saarland besoldungsrechtlich abgehängt. Dies wäre den Kolleginnen und Kollegen nicht mehr vermittelbar.

Daher erwarten wir eine **gerechte, leistungsbezogene und verfassungskonforme** Alimentation unserer Kolleginnen und Kollegen, die sich täglich mit großem Engagement für die Menschen im Saarland in der Polizei, den Schulen und Verwaltungen einsetzen.“

Hintergrund: Entwurf zur amtsang. Besoldung der Bundesbeamten sieht deutliche finanzielle Verbesserungen vor. Ein Polizeikommissar A9 (Bund) wird beispielsweise dabei **künftig mindestens 650 Euro im Monat** mehr verdienen als sein saarländischer Kollege.